

Kurzprotokoll der Septembersession 2001

- [Übersicht](#)
- [Rechtsetzung](#)
- [Finanzvorlagen](#)
- [Eintritt](#)
- [Wahlen](#)
- [Motionen](#)
- [Postulate](#)
- [Interpellationen](#)
- [Einfache Anfrage](#)

Übersicht

Am Montag und am Dienstag, dem 10. und dem 11. September 2001, fand unter dem Vorsitz von Hans Walthert, Hohenrain, eine Session des Grossen Rates statt.

Hauptgeschäfte der Session waren die Genehmigung des Dekrets über den Beitritt des Kantons Luzern zum Konkordat über die Pädagogische Hochschule Zentralschweiz (PHZ) und die Verabschiedung des Gesetzes über die Hochschule des Kantons Luzern in der PHZ. In 1. Beratung sprach sich der Grosse Rat für Änderungen des Strassengesetzes und des Gesetzes über die Zivilprozessordnung aus. Mit Dekreten genehmigte er Staatsbeiträge an das Luzerner Theater für die Jahre 2002–2004 sowie einen Sonderkredit für Mietprovisorien der Universität Luzern. Weiter genehmigte der Rat mit Grossratsbeschlüssen die Staatsbeiträge für das Luzerner Sinfonieorchester für die Jahre 2002–2004, die Abrechnung über die Änderung der Kantonsstrasse K 16 in Emmen und die Abrechnung über den Aufbau eines integrierten Informationssystems beim Amt für Umweltschutz. Schliesslich genehmigte er die Jahresrechnungen und Geschäftsberichte 2000 der Luzerner Kantonalbank und der Gebäudeversicherung des Kantons Luzern und nahm Kenntnis von jenen der Landwirtschaftlichen Kreditkasse und der Familienausgleichskasse des Kantons Luzern. Vier Sachgeschäfte wurden den ständigen Kommissionen zur Vorberatung zugewiesen.

Der Rat vereidigte ein neues Ratsmitglied, wählte zwei neue Mitglieder in ständige Kommissionen und behandelte 1 Petition und 41 parlamentarische Vorstösse. Eröffnet wurde der Eingang von 2 Petitionen und von 36 parlamentarischen Vorstössen. Die für acht Vorstösse beantragte dringliche Behandlung wurde für vier Vorstösse abgelehnt, in den vier andern Fällen wurde von den Interpellanten auf eine dringliche Behandlung nachträglich verzichtet.

Alle 54 traktandierten Geschäfte sowie ein nachtraktandierter Vorstoss konnten behandelt werden.

Rechtsetzung

Pädagogische Hochschule Zentralschweiz. Die Entwürfe eines Dekrets über den Beitritt des Kantons Luzern zum Konkordat über die Pädagogische Hochschule Zentralschweiz sowie eines Gesetzes über die Hochschule des Kantons Luzern in der Pädagogischen Hochschule Zentralschweiz gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 6. März 2001 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 14 vom 7. April 2001, S. 911) wurden behandelt (Kommission Erziehung, Bildung und Kultur unter dem Vorsitz von Bruno Stalder, Schüpfheim) und das Gesetz in 2. Beratung mit 76 gegen 1 Stimme, das Dekret mit 91 gegen 1 Stimme gutgeheissen. Im Rahmen des Konkordats über die Pädagogische Hochschule schliessen sich die sechs

Kantone der Zentralschweiz zusammen, um ein Kompetenzzentrum für die Grundausbildung der Lehrerinnen und Lehrer, die Weiter- und Zusatzausbildungen, die angewandte Forschung und die Entwicklung sowie die Dienstleistungen im Bildungsbereich zu begründen. Die Pädagogische Hochschule Zentralschweiz ist eine öffentlich-rechtliche Anstalt mit Sitz in Luzern, welche aus den Teilschulen in den Kantonen Luzern, Schwyz und Zug besteht. Der Kanton Luzern als Träger der öffentlich-rechtlichen Teilschule Luzern schliesst mit dem Konkordat einen Vertrag über die Trägerschaft, das Angebot und seine Rechte und Pflichten ab. Das Dekret und das Gesetz (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 37 vom 15. September 2001, S. 2353 f.) unterliegen dem fakultativen Referendum; Ablauf der Referendumsfrist: 14. November 2001.

Zivilprozessordnung. Der Entwurf von Änderungen des Gesetzes über die Zivilprozessordnung und weiterer Erlasse sowie des Grossratsbeschlusses über die Anwendung des summarischen Verfahrens bei bundesrechtlichen Zivilstreitigkeiten gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 3. April 2001 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 19 vom 12. Mai 2001, S. 1270) wurde behandelt (Kommission Justiz und Sicherheit unter dem Vorsitz von Bernhard Achermann, Richenthal) und in 1. Beratung gutgeheissen. Mit den Änderungen der Zivilprozessordnung sollen das kantonale Recht an das neue Scheidungsrecht angepasst und das Verfahren der unentgeltlichen Rechtspflege erneuert werden. Zudem werden Bestimmungen an das eidgenössische Gerichtsstandsgesetz und das Lugano-Übereinkommen sowie an das geänderte Obligationenrecht angepasst. Das Beratungsergebnis wurde zur redaktionellen und gesetzestechnischen Überprüfung an die Redaktionskommission (Vorsitz: Albert Mattmann, Ebikon) und zur Vorbereitung der 2. Beratung an die vorberatende Kommission gewiesen.

Strassengesetz. Der Entwurf einer Änderung des Strassengesetzes gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 22. Juni 2001 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 33 vom 18. August 2001, S. 2132) wurde behandelt (Kommission Verkehr und Bau unter dem Vorsitz von Rico De Bona, Littau) und in 1. Beratung gutgeheissen. Die geplante Gesetzesänderung besteht in der Aufnahme einer Bestimmung über die Verwendung des Kantonsanteils aus der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (LSVA) ins Strassengesetz. Damit soll sichergestellt werden, dass der dem Kanton Luzern zustehende Anteil aus der LSVA der Strassenrechnung zugeführt und zu 70 Prozent für die National- und Kantonsstrassen und zu 20 Prozent für weitere Massnahmen im Strassenverkehr verwendet wird; 10 Prozent sollen den Gemeinden für Massnahmen und Kosten im Strassenverkehr ausgerichtet werden. Das Beratungsergebnis wurde zur redaktionellen und gesetzestechnischen Überprüfung an die Redaktionskommission (Vorsitz: Albert Mattmann, Ebikon) und zur Vorbereitung der 2. Beratung an die vorberatende Kommission gewiesen.

Finanzvorlagen

Luzerner Theater und Luzerner Sinfonieorchester. Die Entwürfe eines Dekrets über die Staatsbeiträge an die Stiftung Luzerner Theater sowie eines Grossratsbeschlusses über die Staatsbeiträge an den Trägerverein des Luzerner Sinfonieorchesters für die Jahre 2002–2004 gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 1. Mai 2001 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 23 vom 9. Juni 2001, S. 1516) wurden behandelt (Kommission Erziehung, Bildung und Kultur unter dem Vorsitz von Bruno Stalder, Schüpfheim) und gutgeheissen; das Dekret wurde mit 84 gegen 10 Stimmen gutgeheissen. Die beiden Rahmenkredite für die Jahre 2002–2004 belaufen sich auf rund 17 Millionen Franken für das Luzerner Theater und auf rund 2 Millionen Franken für das Luzerner Sinfonieorchester. Das Dekret (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 37 vom 15. September 2001, S. 2368) unterliegt dem fakultativen Referendum; Ablauf der Referendumsfrist: 14. November 2001.

Mietprovisorien für die Universität. Der Entwurf eines Dekrets über einen Sonderkredit für Mietprovisorien der Universität Luzern gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 22. Juni 2001 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 33 vom 18. April 2001, S. 2131) wurde behandelt (Kommission Erziehung, Bildung und Kultur unter dem Vorsitz von Bruno Stalder, Schüpfheim) und mit 81 gegen 0 Stimmen gutgeheissen. Der Rat bewilligte damit einen Sonderkredit in der Höhe von rund 3 Millionen Franken für die Miete von provisorischen Räumlichkeiten bis zum Bezug des neuen Universitätsgebäudes. Das Dekret (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 37 vom 15. September 2001, S. 2367) unterliegt dem fakultativen Referendum; Ablauf der Referendumsfrist: 14. November 2001.

Seetalstrasse Emmen. Der Entwurf eines Grossratsbeschlusses über die Genehmigung der Abrechnung über die Änderung der Kantonsstrasse K 16, Seetalstrasse, Abschnitt Seetalplatz – Waldibrücke,

Gemeinde Emmen, gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 21. August 2001 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 36 vom 8. September 2001, S. 2296) wurde behandelt (Kommission Verkehr und Bau unter dem Vorsitz von Rico De Bona, Littau) und gutgeheissen. Der bewilligte Kredit von 6,004 Millionen Franken wurde um 222'000 Franken unterschritten.

Amt für Umweltschutz. Der Entwurf eines Grossratsbeschlusses über die Genehmigung der Abrechnung über den Aufbau eines integrierten Informationssystems beim Amt für Umweltschutz gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 1. Mai 2001 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 23 vom 9. Juni 2001, S. 1515) wurde behandelt (Finanzkommission unter dem Vorsitz von Räto Camenisch, Kriens) und gutgeheissen. Die Abrechnung weist eine Kreditunterschreitung von rund 30 Prozent aus.

Eintritt

Grosser Rat. An die Stelle von Vreni Moser, Luzern, trat Jules Frey, Luzern, neu in den Rat ein.

Wahlen

Grosser Rat. Der Rat wählte als neue Kommissionsmitglieder

- Jules Frey, Luzern, an die Stelle des aus dem Rat zurückgetretenen Mitglieds Vreni Moser, Luzern, in die Kommission Gesundheit, Arbeit und soziale Sicherheit,
- Karl Ronner, Triengen, an die Stelle von Anton Huber, Altwis, in die Kommission Erziehung, Bildung und Kultur.

Motionen

Erheblich erklärt wurden die Motionen

- M 268 von Walter Häcki, Luzern, über die Einführung eines Vermummungsverbots,
- M 383 von Klaus Wermelinger, Egolzwil, über die Teilrevision des Kantonalen Landwirtschaftsgesetzes.

Teilweise erheblich erklärt wurden die Motionen

- M 99 von Hans Stettler, Buchrain, über die klare gesetzliche Verankerung der Verwendung der LSVA-Mittel,
- M 329 von Hans Peter Pfister, Eich, über die zweckmässige Verwendung der LSVA.

Abgelehnt wurde die Motion M 371 von Anton Kunz, Grosswangen, über eine Beschränkung der Staatsausgaben.

Postulate

Erheblich erklärt wurden die Postulate

- von Hans Ulrich Bühler, Luzern, über die Beurteilung der Schüler mit Noten (als Motion M 170 eingereicht),
- von Ruth Keller, Kriens, über die Einführung von GBF an der 1.-3. Klasse und Noten ab der 4. Klasse der Primarschule (als Motion M 414 eingereicht),
- P 312 von Konrad Vogel, Horw, über die Optimierung der Individuellen Förderung (IF) an den Volksschulen,
- von Räto Camenisch, Kriens, über die Unterbindung der obligatorischen Parkraumbewirtschaftung (als Motion M 238 eingereicht),
- von Hans Peter Pfister, Eich, über die definitive Realisierung der Radwegverbindung Sempach Station (als Motion M 322 eingereicht),
- P 385 von Pius Höltschi, Aesch, über die Einführung des Halbstundentakts der S-Bahn Zentralschweiz auf dem gesamten Abschnitt Seetalbahn,
- P 386 von Pius Höltschi, Aesch, über die Optimierung des öffentlichen Regionalverkehrs mittels Einführung des Halbstundentakts der Linienbusse als Zubringer an die S-Bahn Seetal,
- P 403 von Räto Camenisch über die Planung der neuen S-Bahn Luzern, von Heinz Dätwyler, Kriens, über eine S-Bahn-Erschliessung von Kriens (als Motion M 434 eingereicht),
- von Brigitt Aregger, Rothenburg, über eine Änderung der Beiträge an die Besoldungskosten der Revierförsterinnen und -förster (als Motion M 390 eingereicht),
- von Rico De Bona, Littau, über die Änderung von § 10 des Gesetzes über die Familienzulagen (als Motion M 364 eingereicht),
- P 349 von Vreni Moser, Luzern, über die Errichtung einer Fachstelle für Familienfragen.

Teilweise erheblich erklärt wurden die Postulate

- P 193 von Rico De Bona, Littau, über die Umsetzung der "Vision Zero" (keine schweren Verkehrsunfälle mehr mit Menschen),
- von Adrian Borgula, Luzern, über den Umgang mit gefährlichen Hunden (als Motion M 246 eingereicht),
- P 267 von Marcel Johann, Kriens, über Massnahmen im Zusammenhang mit der Zucht, dem Handel und der Haltung von gefährlichen Hunden und so genannten Kampfhunden und dem damit verbundenen Schutz der Bevölkerung,
- P 195 von Peter Brunner, Rain, über eine prompte Zahlungsmoral gegenüber Vertragspartnern (Unternehmungen) durch den Kanton,
- P 331 von Margrit Steinhauser, Luzern, über die Einführung der Probezeit im Zusammenhang mit dem Übertrittsverfahren Volksschule/Mittelschule.

Abgelehnt wurde das Postulat P 446 von Hans Ulrich Bühler, Luzern, über die Erhebung von Turnen und Sport zum Promotionsfach in der Kantonsschule.



Interpellationen

Schriftlich beantwortet wurden die Interpellationen

- I 279 von Gerhard Klein, Wauwil, über die Neuregelung bei der Krankenkassenversicherung von Asylsuchenden,

- I 207 von Marcel Johann, Kriens, über die Überprüfung des Versicherungsportefeuilles des Kantons,
- I 306 von Louis Schelbert, Luzern, über diskriminierende Frauenlöhne,
- I 336 von Rosa Rumi, Alberswil, über die Schliessung der Schule Twerenegg,
- I 351 von Rosa Rumi, Alberswil, über die Anstellung der Professoren der rechtswissenschaftlichen Fakultät,
- I 354 von Gaby Müller, Luzern, über die Zulassung zur Universität Luzern,
- I 407 von Otto Elmiger, Hochdorf, über die Zusammenlegung der Gymnasien Hochdorf und Hitzkirch,
- I 380 von Erwin Dahinden, Sursee, über den Ausbau des Schwanderholzstutzes,
- I 389 von Heinz Dätwyler, Kriens, über die S-Bahn Zentralschweiz – Bericht Juni 2001 und Fahrplanangebot Bahn 2000 1. Etappe 2004,
- I 459 von Heinz Dätwyler, Kriens, über die Unstimmigkeiten unter den Direktoren (ZKöV) zur S-Bahn Zentralschweiz,
- I 362 von Anton Kunz, Grosswangen, über die kantonale Forstverwaltung, die 16 Entlassungen und den Stellenplan,
- I 452 von Brigitt Aregger, Rothenburg, über die Umorganisation beim Kantonsforstamt,
- I 314 von Rico De Bona, Littau, über die tripartite Kommission im Zusammenhang mit den bilateralen Verträgen,
- I 408 von Marianne Kneubühler, Richenthal, über effiziente RAV,
- I 339 von Marcel Johann, Kriens, über die Aufgaben der Rückkehrberatungsstelle im Asylwesen,
- I 342 von Heidi Rothen, Luzern, über Kremation und Quecksilber,
- I 348 von Heidi Rothen, Luzern, über BSE und Prionen-Erkrankungen.

Einfache Anfrage

Schriftlich beantwortet wurde die Einfache Anfrage E 328 von Erwin Dahinden, Sursee, über die Waldschäden des Orkans „Lothar“ vom 26. Dezember 1999.